

An die 09. Vollversammlung am 09.11.2017
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

Pariser Klimaabkommen ernst nehmen. Sofortmaßnahmen umsetzen.

Im völkerrechtlich verbindlichen Weltklimaabkommen von Paris hat sich die Staatengemeinschaft zu einer Begrenzung der Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius und Anstrengungen verpflichtet, um eine Begrenzung auf 1,5 Grad zu erreichen. Dafür sollen die globalen Treibhausgasemissionen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts Netto-Null betragen. Für Industriestaaten bedeutet dies eine vollständige Dekarbonisierung¹ aller Sektoren bis zum Jahr 2050.

Diesen Beschluss gilt es in Österreich durch die Schaffung entsprechender gesetzlicher Rahmenbedingungen umzusetzen. Je früher der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieressourcen eingeleitet wird, desto kosteneffizienter wird diese Umstellung von statten gehen und desto größer sind die wettbewerblichen Vorteile österreichischer Wirtschaftstreibenden und der Industrie. Die heutigen Weichenstellungen in Bezug auf die Entwicklung des Energie- und Mobilitätssystems sind wesentlich für den Trend der Emissionen bis 2030 und 2050.

Daher ist es von höchster Wichtigkeit, dass schnellstmöglich Maßnahmen mit langfristiger Ausrichtung und tiefgreifender Wirkung zur Umsetzung eingeleitet werden.

Die AUGE/UG stellt daher den

A N T R A G

Die Vollversammlung der AK Salzburg fordert die Bundesregierung und insbesondere das Umweltministerium auf, umgehend ein Bündel von wirksamen und treffsicheren kurz- und langfristigen Klimaschutzmaßnahmen verbindlich zu verankern und sofort mit deren Umsetzung zu beginnen.

¹ Dekarbonisierung beschreibt die Abkehr der Energiewirtschaft von der Nutzung kohlenstoffhaltiger Energieträger.

Insbesondere sollen folgende Elemente umfasst sein:

Sozial-Ökologische Steuerreform:

Für fossile Energie aus Kohle, Öl und Gas ist eine CO₂ Abgabe einzuführen. Im Gegenzug dazu ist der Faktor Arbeit steuerlich zu entlasten:

- ArbeitnehmerInnen bzw. Privathaushalte über einen Öko-Bonus als Steuergutschrift oder Transferleistung.
- Unternehmen über reduzierte Lohnsummenabgaben. Die Umsetzung einer sozial-ökologischen Steuerreform hat aufkommensneutral zu erfolgen.

Novellierung des Klimaschutzgesetzes:

- Verankerung eines Dekarbonisierungsziels für das Jahr 2050 im Einklang mit den Beschlüssen von Paris
- Verankerung eines im Einklang mit den EU 2030-Zielen linearen Zielpfads im Klimaschutzgesetz
- Verbindliche Aufteilung der angepassten Reduktionsziele auf Sektoren
- Vereinbarung eines verursachergerechten Sanktionsmechanismus zwischen Bund und Bundesländern

Klimamaßnahmen in allen Sektoren setzen:

Energie/Industrie:

- Optimierung der Fernwärme aus Erneuerbaren Energien
- Novellierung der Verordnung zur Umsetzung des Energieeffizienzgesetzes
- Novellierung des Ökostromgesetzes
- Anhebung der Fördermittel für die Umweltförderung und den Klimafonds

Wohnen:

- Forcierung der thermischen Sanierung mit ökologischen Dämmstoffen
- Bundesweite Förderoffensive für den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Heizsysteme

Verkehr:

- massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs: Integrierter Taktfahrplan mit mehr Zugs- und Busangebot, 365 €-Ticket für alle Bundesländer

- Beschränkung der Neuzulassung von Fahrzeugen die fossile Brennstoffe benötigen ab 2030
- Güterverlagerung auf die Schiene durch Verbesserung der Bedingungen für die Bahn und mehr Kostenwahrheit auf der Straße, (flächendeckende LKW-Maut),

Für die AUGÉ/UG

A handwritten signature in blue ink that reads "Müllner Robert". The signature is written in a cursive style.

Robert Müllner